



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Nebenjobs dürfen nicht die Lösung sein - Schrodi: Wir wollen mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

Olching, 02.03.2020

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Zu hohe Mieten, zu schlechte Bezahlung, fehlende Tariftreue am Arbeitsplatz – sind dies die Gründe, warum 8400 Menschen im Landkreis Dachau mehrere Jobs brauchen, um ihr Leben finanzieren zu können? „Ja“, sagt Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft ‚Verteilungsgerechtigkeit‘ der SPD-Bundestagsfraktion.

„Das darf aber nicht sein! Ganz konkret müssen wir dafür sorgen, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer ohne Sorge um unbezahlte Rechnungen das Ende des Monats erwarten kann, und zwar ohne die Belastung durch mehrere Jobs oder durch fehlende Erholungszeiten und dem Spagat zwischen Privatem und Arbeit.“ Und weiter fragt sich Schrodi: „Wofür wurden denn der Achtsturentag und die Vierzigstundenwoche vor mehr als hundert Jahren eingeführt, wenn sie heute mit mehreren Jobs ad absurdum geführt werden? Wir wollen den Wert der Arbeit sichern.“

Der Parteivorstand der SPD habe dafür verschiedene Beschlüsse gefasst: Die Heraufsetzung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro und eine Stärkung der Tarifbindung. „Für uns gilt: In Deutschland muss Leistungsgerechtigkeit herrschen - jeder muss von seinem Lohn ein gutes Leben führen können. Nebenjobs dürfen nicht die Lösung sein!“, beteuert Schrodi weiter.

Mit der Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der Wiedereinführung der Paritäten bei der Krankenversicherung habe man die Arbeitnehmer bereits entlastet, betont der Abgeordnete. „Das Wichtigste ist aber Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären. Dort wo sie greifen, gibt es mehr Lohn! Die Öffentliche Hand muss hier Vorbild sein und nur noch



Aufträge an Firmen erteilt, die tariflich bezahlen. Aber hier - genauso wie beim Mindestlohn - geht die Union noch nicht mit und ignoriert damit die Beschlüsse ihres eigenen Bundesparteitags“, ärgert er sich.

Ganz entscheidend sei ebenfalls die Senkung des Mietniveaus. Wie ein Mantra müsse man ständig wiederholen, dass bezahlbarer Wohnraum der Schlüssel gegen Armut ist, so Schrodi und weiter: „Die CSU-Landräte im Landkreis Dachau haben es in den letzten 20 Jahren versäumt, für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Der Landkreis ist aber gefordert und gefragt, mehr zu tun!“

Der SPD-Politiker hebt noch einmal besonders hervor: „Der Arbeitsmarkt wird sich in Zukunft immer wieder verändern, aber in einer guten Gesellschaft, einer Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, werden wir mit unseren politischen Entscheidungen dafür sorgen, dass sich die Arbeit dem Leben anpasst und nicht umgekehrt.“